

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Josef Felder erinnert an die
Wochen vor der nazistischen
Machtergreifung: Der letzte
Reichstag vor Hitler (Teil I).

Seite 1

Karl-Heinz Hiersemann MdL
zur jüngsten Entwicklung bei
der Max-Hütte: Die Ruhr-
Barone schieben die Verant-
wortung ab.

Seite 5

Dokumentation

Die gemeinsame Arbeitsgruppe
von SPD-Bundestagsfraktion
und ZK der SED zu sicher-
heitspolitischen Fragen in
Europa hat nach ihrer zwei-
tägigen Sitzung in Bonn ein
Kommunique herausgegeben.
Wortlaut

Seite 6

43. Jahrgang / 19

28. Januar 1988

Der letzte Reichstag vor Hitler (Teil I)

Erinnerungen an die Wochen vom 6. November 1932 bis
zum 30. Januar 1933

Von Josef Felder (*)

Der neuen Reichstagsfraktion der SPD bot sich in ihrer ersten Sitzung nach der Wahl vom 6. November 1932 bei rückschauender Betrachtung und Bewertung der politischen Vorgänge des ablaufenden Jahres ein deprimierendes Bild: Am 29. Mai brüske Entlassung des Kanzlers Brüning, dessen Notverordnungen die SPD mit wachsendem Widerwillen nur angesichts der gefährlichen Rechtsentwicklung hinnahm, dann ab Juni 1932 ein Kabinett Papen, das - mit Billigung des im April neugewählten Reichspräsidenten Hindenburg - am 20. Juli 1932 mit verleumderischer Verdächtigung staatsstreichartig die preußische Regierung unter den Sozialdemokraten Braun-Severing ihrer Ämter enthob und mit neuen Verordnungen nach dem berichtigten Artikel 48 auch noch einen provozierenden Einbruch in das Tarifrecht der Gewerkschaften wagte.

Ein Kabinett der Barone und Herrenreiter, das am 12. September 1932 zwar im Parlament kläglich scheiterte (Mißtrauen mit 512 gegen 42 Stimmen!), von Hindenburg aber trotzdem bis zum Dezember 1932 im Amt gehalten wurde. Sechs Monate Junkerherrschaft führten zur völligen Verlagerung der Politik auf die Straße. Papen hatte die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Nazis gegen sich und war machtlos gegen den sich im ganzen Reich entfaltenden politischen Terror. (Vom Juli bis August 1932 gab es 300 politische Morde und 1.200 Verletzte.) Er fand seine Krönung am 22. August 1932 mit einem brutalen Mordfall in dem schlesischen Städtchen Potempa. Fünf uniformierte SA-Leute drangen in die Wohnung eines schlafenden Arbeiters polnischer Herkunft ein und trampelten ihn vor den Augen seiner Mutter zu Tode. Am 22. August fällte die Justiz nach den erlassenen Sonderbestimmungen das Todesurteil für

(*) Der Autor ist der letzte Überlebende der SPD-Reichstagsfraktion, der er in den Jahren 1932/33 angehörte. 1957 bis 1969 gehörte Josef Felder, der heute in München lebt, dem Deutschen Bundestag an.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
by **W. R. R. R.**
Kunzelsberg



die feigen Mörder. Sie erhielten sofort von Adolf Hitler ein offenes Telegramm: „Meine Kameraden! Angesichts des ungeheuerlichen Bfaturteils fühle ich mich mit Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Euere Freiheit ist von diesem Tage an eine Frage an unsere Ehre. Der Kampf gegen eine Regierung, unter der dieses möglich war, unsere Pflicht.“

Dieser skandalöse Vorgang und die laufenden schweren Ausschreitungen der SA gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten (in Hamburg-Altona allein 17 Tote und hunderte von Verletzten) führten nun doch bei einem Teil der bürgerlichen Wähler zur Ernüchterung. So verloren die Nazis am 6. November 34 von ihren bisher 230 Mandaten. Das ließ Hoffnung bei der SPD aufkommen, zumal die Nazis auch finanziell ihren ungeheuren Propagandaaufwand nicht mehr durchhalten konnten. Die Fraktion der SPD erreichte während ihrer kontroversen Diskussion mit Ihren Mitgliedern Braun und Severing über die Widerstandsfrage plötzlich die Nachricht, das Kabinett Papen sei ernstlich aus dem eigenen Lager gefährdet und der Kabinettschef sei nun bereit, auch mit der SPD zu verhandeln. Ein rasch und mit lautstarken Gefühlen der Empörung gefaßter Beschluß lautete: Mit einem Papen könne die Sozialdemokratie nicht verhandeln. Die Partei billigte in großen Versammlungen diese Haltung. Für Dezember 1932 war der Reichstag einberufen.

Die Fraktion befaßte sich gerade mit der Einbringung von Anträgen auf Beseitigung sämtlicher Papen-Notverordnungen, vor allem auf dem Gebiete des Tarifrechts, der Sozialfürsorge und der beschleunigten Einziehung von 744 Millionen rückständiger Steuern der Industrie. Da traf am 2. Dezember 1932 überraschend die Nachricht vom Rücktritt des Kabinetts Papen ein. Es ging ein Aufatmen durch die Reihen. Die Stille einiger Sekunden durchbrach dann die senore Stimme des Parteivorsitzenden Otto Wels: „Genossen, ich glaube, wird sind jetzt über den Berg!“ Der in meiner Nähe sitzende Kurt Schumacher sagte, „nein wir sind erst am Fuße des Berges angelangt“. Nicht alle in der Fraktion teilten den aufkommenden Optimismus, der in der Annahme bestand, die Nazis seien nun trotz ihrer noch beachtlichen Mandatszahl am Ende ihrer Kraftentfaltung angelangt und ihr Abstieg werde im Frühjahr 1933 rapide Formen annehmen.

Wir hörten später, Papen habe am 1. Dezember 1932 dem Reichspräsidenten „als letzte Chance“, mit seinem Kabinett am Ruder zu bleiben, den Plan unterbreitet, den Reichstag für längere Zeit nach Hause zu schicken, die Parteien zu verbieten und eine Militär-Diktatur einzusetzen. Diese Lösung sei Hindenburg sehr sympathisch erschienen, fand aber den nach „militärischer Prüfung der Lage“ entscheidenden Einwand des Reichswehrministers von Schleicher, die Reichswehr sei nicht in der Lage, im Ernstfall gegen die drei großen Massenbewegungen der Nazis, der Kommunisten und den mit der Sozialdemokratie verbündeten freien Gewerkschaften zu operieren. Nach diesem sehr berechneten Schachzug Schleichers gegen seinen Chef Papen trennte sich dann schmerz erfüllt Hindenburg von seinem alten Freund und ernannte Schleicher zum neuen Kanzler. In dieser Situation nahm der Reichstag seine nur dreitägigen Beratungen auf.

Es herrschte eine sehr gespannte Situation, als die in Uniform erschienenen Nazis völlig überraschend den Antrag einbrachten, den jeweils amtierenden Reichsgerichts-Präsidenten zum Stellvertreter des Reichspräsidenten zu bestimmen. Die Deutschnationalen wütend: „Wir wollen keinen republikanischen Kronprinzen!“ Breitscheid, der Fraktionsführer der SPD: „Ihr wollt den anderen Kronprinzen.“ Goebbels zu den deutschnationalen Kollegen: „Ihr seid ja Affen!“ Plötzlich kam Tumult auf. Auf der Tribüne der Zuhörer ballte eine Frau die Faust und rief „Heil Moskau“ in den Saal. Nazis eilten herbei und zerrten die Frau von ihrem Sitz, von der anderen Seite kamen die Kommunisten und in dem Zwischengang hinter dem Plenarsaal kam es zu schweren Schlägereien, bei denen selbst die auf gußeisernen Ständern liegenden Aschenbecher als Wurfgeschöß benützt wurden. Der amtierende Vizepräsident Esser vom Zentrum unterbrach die Sitzung. Bei Wiederbeginn - es hatte Verletzte gegeben - vereitelten die Sozialdemokraten den Versuch der Kommunisten, einen



Mißtrauensantrag gegen den Kanzler einzubringen, der seine Regierungserklärung erst im Januar 1933 im Parlament abgeben wollte.

Die folgenden Sitzungstage dienten der Erörterung einer die Zweidrittel-Mehrheit erfordernden Amnestie-Vorlage, von den drei großen Parteien links und rechts gegen das noch zögernde Zentrum eingebracht, und schließlich zum Gesetz erhoben, das Hindenburg unterzeichnete, nachdem auch die Vertretung der Länder im Reichsrat - mit Ausnahme Bayerns - mit der Regelung einverstanden war, die vorsah, daß alle Angeklagten von der Amnestie unberührt bleiben, die versucht haben, „die Reichswehr zu unterhöhlen“. Die sozialdemokratische Fraktion wußte um die vorliegenden Fakten: 1932 wurden 798 politische Prozesse durchgeführt, 929 schwebten noch mit 2.517 Angeklagten. In 593 Fällen waren vorwiegend Angehörige des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, die den gefährlichen und aufreibenden Dienst beim Saal- und Abgeordneten-Schutz versehen hatten, von der auf dem rechten Auge meist blinden Justiz zu 30 Jahren und 10 Monaten Zuchthaus und 219 Jahren und 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Eine Million Gerichtskosten lastete auf der SPD. Es ging vor allem darum, unseren Leuten noch vor Weihnachten die Heimkehr zu ihren Familien zu gewährleisten. Da sich die KPD und auch die Nazis in einer ähnlichen Situation befanden, obwohl sie meist selbst als Angreifer die Verursacher der tätlichen Auseinandersetzungen gewesen waren, ergab sich das groteske Schauspiel einer gemeinsamen Abstimmung.

Vor dem Ende der Drei-Tage-Sitzung überprüfte die SPD-Fraktion eingehend ihre Vorlagen für ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm, das dem Reichstag vorgelegt werden sollte. Dann kehrten die Abgeordneten zu der Berichterstattung in ihre Wahlkrieze zurück. Der Reichstag wurde, dem Willen der neuen Reichsregierung entgegenkommend, bis zum 31. Januar 1933 vertagt. Mitte Dezember 1932 benützte Kanzler von Schleicher den Reichsrundfunk zu einer kurzen Darstellung seiner Regierungsrichtlinien und dabei schlug er einige soziale Töne an, die bei uns mit mißtrauischer Erwartung, im rechten Lager aber mit scharfer Ablehnung zur Kenntnis genommen wurden. Manche dachten an einen Ausspruch des ehemaligen sozialdemokratischen Reichsinnenministers Solimann: „Wir halten diesen Mann fest im Auge, vorsichtig, mit Sinnen, die an unüberbrückbarer Gegnerschaft geschult und geschärft sind, aber auch in der Erkenntnis, da steht ein gescheiter, denkender Gegner.“

Schleicher, dem es nicht gelungen war, die NSDAP mit Hilfe ihres Organisationsleiters Gregor Strasser zu spalten, dachte zunächst an einen Stillhaltekurs mit den Gewerkschaften, mutete aber zuletzt bei seinem Gespräch mit dem SPD-Fraktionsführer Breitscheid offensichtlich der Sozialdemokratie zu, längere Zeit auf die parlamentarische Gesetzgebung zu verzichten. Das letzte Gespräch liegt nicht im Wortlaut vor, doch es wurde bekannt, daß sich hier unüberbrückbare Differenzen auch mit den Gewerkschaften ergaben. Keinen Reichstag mehr, das hätte eine politische und soziale Rückentwicklung, letzten Endes zu einem Ständestaat und zur Monarchie bedeutet. So sah dies damals die Fraktion. Eine etwaige neue Gesprächsrunde mit Schleicher lehnte die Fraktion mit 100 gegen 21 Stimmen ab.

Mit großer Spannung hatte die deutsche Öffentlichkeit, vor allem aber die sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft schon im August und dann noch im November 1932 die Besprechungen Hindenburgs mit Hitler verfolgt. Damals stand der Reichspräsident noch zu seinem Eid. Er lehnte die weitgehenden Forderungen Hitlers ab. Besondere Unruhe erweckte in den Tagen der November-Wahl ein kaum zu begreifender Vorgang: Kommunisten und Nazis unter-



stützten einen gegen den Willen der zuständigen Gewerkschaft plötzlich aufkommenden wilden Streik bei der Berliner Verkehrsgesellschaft. Nazi-Goebbels gemeinsam mit KPD-Ulbricht, dies verbreiterte im ungünstigsten Augenblick die Kluft zwischen der Sozialdemokratie und der KPD. Auch die Dezember-Sitzung des Reichstags hatte in ihrem Verlauf gezeigt, daß mit der KPD im Sinne einheitlicher Abwehr der gefährlichen Rechtsentwicklung nicht zu rechnen war. Der für den 31. Januar 1933 einberufene Reichstag sollte die Klärung der unhaltbar gewordenen politischen Situation bringen.

Da raffte sich Hitler - von zunächst nicht genau erkennbaren dunklen Quellen finanziert - zu einem alle Propaganda-Maße sprengenden Großinsatz gleich Anfang Januar in dem kleinen Land Lippe-Dehmold auf. Es ging um die Landtagswahl. Er erzielte beachtliche Erfolge, die ein günstiges Klima schufen für die Mitte Januar im Hause des Kölner Bankiers Schröder geführten Verhandlungen zwischen Papen, Hugenberg, Leuten der Schwerindustrie und Hitler. Ziel: Bildung einer Regierung der sogenannten „Nationalen Konzentration“. Die Abmachung sah vor, Hitler als Reichskanzler, Papen als Vize, Frick als Innenminister, Göring als Minister ohne Geschäftsbereich (aber Kommissar in Preußen), Hugenberg als Minister für Wirtschaft und Ernährung. Alle übrigen Ressorts an parteipolitisch nicht gebundene Persönlichkeiten. Hitler nimmt in seiner Ansprache den Versammelten den letzten Rest an Sorge über etwaige sozialistische Experimente. Er stimmt der Bedingung zu, daß Papen immer dabei sein müsse, wenn der Kanzler beim Präsidenten Vortrag hält. Der Forderung Hugenbergs, daß es keine Neuwahlen mehr geben dürfe, stimmte zunächst Hitler zu, änderte jedoch nach seiner Ernennung sofort seine Meinung und erklärte den 5. März 1933 zum Wahltag. Der rachsüchtige Papen erreicht, daß bei der geplanten Neubildung des Kabinetts Kanzler Schleicher durch den längst mit der NSDAP stark sympathisierenden General von Blomberg ausgeschaltet wird. Er soll dem Reichspräsidenten als unpolitisch offeriert werden. Papen nach diesem Pakt zu Freunden: „Wir haben uns Herrn Hitler engagiert!“ Aber es gibt noch mannigfache Widerstände in der letzten Januarwoche.

(-/28.1.1988/rs/ks)

* * *

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)

Die Maxhütte darf nicht ausgehungert werden

Die Ruhrbarone schieben die Verantwortung auf den Freistaat Bayern ab

**Von Karl-Heinz Hiersemann MdL
SPD-Fraktionsvorsitzender im bayerischen Landtag**

Die sogenannte „Vorschalt- oder Vorgesellschaft“ für die Maxhütte, die die Ruhr-Barone zusammen mit dem Freistaat Bayern gegründet haben, schreibt nur die momentanen unhaltbaren Zustände bei dem Stahlwerk in der mittleren Oberpfalz fort. Die Gesellschaft läßt die Maxhütte am ausgestreckten Arm verhungern. Weil sich die bundeseigene Peine-Salzgitter AG nicht beteiligt, muß hinter diesem Provisorium Vorgesellschaft ein dickes Fragezeichen gesetzt werden.

Die Manager von Krupp, Klöckner und Thyssen haben nun in Bayern das Sagen, der Freistaat aber hat das Risiko. Für Investitionen in Höhe von 100 Millionen Mark, die jetzt dringend notwendig sind bei der Maxhütte, muß der Freistaat die Vorleistungen erbringen, die Ruhr-Barone aber drücken sich vor der unternehmerischen Verantwortung.

Es gibt keine Garantie, daß nach dem zweijährigen Provisorium „Vorgesellschaft“ 1990 die Aufgangsgesellschaft für die Maxhütte neu gegründet wird. Fazit: Nicht Ministerpräsident Strauß, der lieber wieder einmal in Südafrika sich als Neben-Außenminister aufspielt, statt sich für die Interessen der Oberpfälzer Arbeitnehmer einzusetzen, bestimmt in Bayern die Wirtschaftspolitik, sondern die Ruhr-Barone.

Die neuen Herren der „Nordschiene“ wissen nur allzu gut, was sie bei der Maxhütte wollen - dies natürlich im Sinne ihrer Konzerne. Was ferner den sozialen Bereich betrifft, so ist für die SPD alles nicht akzeptabel, was eine Schlechterstellung der Oberpfälzer Arbeitnehmer zu denen an der Ruhr beinhaltet.

Nachdem nun der Wirtschaftswissenschaftler Joachim Genosko von der Universität Stuttgart in einem Gutachten festgestellt hat, daß die Existenz des Walzwerkes in Haidhof auch mittelfristig gesichert ist (die Staatsregierung will dem Walzwerk nach zwei Jahren den Todesstoß versetzen), muß die CSU-Staatsregierung dieses Gutachten ernsthaft prüfen. Wir Sozialdemokraten verlangen, daß Wirtschaftsminister Jaumann im Wirtschaftsausschuß des Landtages einen Bericht dazu abgibt. Der Wirtschaftsminister muß zu Gerüchten Stellung nehmen, wonach dem Maxhütten-Berufsbildungszentrum angeblich das Aus droht. Die SPD-Landtagsfraktion fordert dagegen, diese für die Region wichtigen Ausbildungsplätze zu erhalten. Hierzu ist eine öffentliche Trägerschaft notwendig.

(~/28.1.1988/rs/fr)

* * *



DOKUMENTATION
=====**Den Rüstungswettlauf beenden, Abrüstung auf allen Gebieten beginnen**

Die gemeinsame Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion und des ZK der SED zu sicherheitspolitischen Fragen in Europa, die am 27. und 28. Januar in Bonn zusammentraf, hat folgendes Kommuniqué veröffentlicht.

Nach dem von der UdSSR und den USA vereinbarten Einstieg in die atomare Abrüstung hat die gemeinsame Arbeitsgruppe die Fortsetzung des nuklearen Abrüstungsprozesses Europa und den Beginn konventioneller Abrüstung beraten. Hierfür sind wichtige Ansatzpunkte in dem Vorschlag der gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa enthalten. Die Arbeitsgruppe ist der Auffassung, daß die Staaten beiderseits der Trennlinie zwischen den Bündnissen in besonderer Weise interessiert sind, den Rüstungswettlauf zu beenden und Abrüstung auf allen Gebieten zu beginnen.

Sie begrüßt die Bereitschaft der Regierungen der DDR und der CSSR, noch vor der Ratifizierung des Vertrages über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen die auf ihren Territorien stationierten Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite abzubauen.

Die Arbeitsgruppe unterstützt die Bemühungen zur raschen Erarbeitung eines Mandats über Abrüstung und konventionelle Stabilität vom Atlantik bis zum Ural, damit noch in diesem Jahr die Verhandlungen zur Substanz begonnen werden können. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, Vorschläge zur Herstellung einer beiderseitigen Nicht-Angriffsfähigkeit bei gleichzeitiger ausreichender Verteidigungsfähigkeit zu unterbreiten.

Während des Treffens der Arbeitsgruppe in Bonn wurden auch andere Themen der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik erörtert. Angesichts der bei den Genfer Verhandlungen über ein weltweites Verbot chemischer Waffen aufgetretenen Probleme bekräftigt die Arbeitsgruppe erneut ihren Vorschlag zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa.

Die Arbeitsgruppe hat vereinbart, Ihre Arbeit am 30. März 1988 in Berlin fortzusetzen.

An der Beratung in Bonn nehmen teil:

Egon Bahr, Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle im Deutschen Bundestag und Mitglied des Präsidiums der SPD. Karsten D. Voigt, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Chemische Abrüstung und Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß sowie Mitglied des Parteivorstandes der SPD. Erwin Horn, Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion. Dr. Hermann Scheer, Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Parteirates der SPD sowie Dr. Uwe Stehr, Referent für Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion und Wolfgang Wiemer, Referent der SPD-Bundestagsfraktion.

Von Seiten der SED: Hermann Axen, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED. Dr. Manfred Uschner, stellvertretender Abteilungsleiter des ZK und Sekretär der Außenpolitischen Kommission beim Politbüro. Professor Dr. Manfred Müller, Leiter der Abteilung Grundsatzfragen am Institut für Internationale Beziehungen, Potsdam-Babelsberg. Dr. Günter Hillmann, Sektorenleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Karl-Heinz Wagner, Mitarbeiter des ZK der SED. (-/28.1.1988/rs/fr)

* * *

